

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Montag ausser Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 54, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 12. 2. 50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungskarte Nr. 7002.

Abbestellungsgebühr beträgt für die einjährige Zeit für die ersten 10 Nummern 10 Pfennige, für den Rest der Abbestellungszeit 10 Pfennige. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis Samstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 70.

Freitag, den 23. März 1900.

11. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Kommunales Arbeitsamt.

Ein eigenartiges sozialpolitisches Projekt verfolgt seit länger Zeit der Berner Arbeiterssekretär, Gen. Dr. Wassiljeff. benennt es Kommunales Arbeitsamt (Arbeitslosenklasse, Arbeitsnachweis und Einigungsamt). Der Zweck ist die Regelung des Arbeitsmarktes durch kommunale Arbeitsämter, die Sorge für beschäftigungslose Arbeiter und die Einigung von Streiks durch Einsetzung und Vermittlung von Einigungsämtern, die zu wahren Tarifämtern werden sollten. Zur Schaffung dieser Einrichtungen strebt Genosse Wassiljeff den Erlass eines kantonalen Gesetzes an, zu welchem Zwecke er im Berner Kantonsrathe folgenden Antrag einbrachte: „Die Kantonsregierung wird ersucht, Bericht und Antrag einzubringen, es nicht thunlich wäre, den Gemeinden, die es begehren, das Recht einzuräumen, analog der Bildung der Gewerbetriebe unter der Mitwirkung des Staates die obligatorische Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit einzuführen und Arbeitsämter zu schaffen, die den Arbeitsnachweis regeln und die obligatorische Arbeiterversicherung zu führen hätten.“ Der Antrag war von den übrigen sozialdemokratischen Kantonsräthen, sowie von einigen Liberalen unterstützt und wurde vom Kantonsrathe einstimmig für erheblich erklärt, d. h. der Regierung zur weiteren Verfolgung überwiesen, die aber bisher dem Kantonsrathe die verlangte Vorlage noch nicht gemacht hat.

Die wesentlichen Einzelheiten des Projektes sind folgende: Die Arbeitslosenklasse, auf dem Prinzip des Spargewanges der Arbeiter aufgebaut, ist für sie obligatorisch. Die Gemeinde erhält das Recht, von jedem Arbeiter, der in der Gemeinde arbeitet oder von einem in der Gemeinde wohnenden Unternehmer Arbeit erhält, die Zugehörigkeit zur kommunalen Arbeitslosenklasse zu verlangen. Dem Arbeiter wird vom Arbeitsamt ein Sparheft eingehändigt, in dem die vom Arbeitgeber zu machende Spareinlage von 50 Ots. bis zu 100 Fr. zu quittieren ist. Weitere Einzahlungen werden durch die Unternehmer mittels 14 tägiger Lohnabzüge besorgt, bis die Summe von 30 Fr. beisammen ist. Ist dieser Beitrag erreicht, so wird der Arbeiter vollberechtigtes Mitglied der Arbeitslosenklasse und hört für ihn der Spargewang auf. Die Leistung des Unternehmers besteht also nur in dem Abzug der Beiträge an die Klasse. Tritt Arbeitslosigkeit ein, so hat das vollberechtigte Mitglied während vier Wochen Anspruch auf eine wöchentliche Entschädigung von 15 Fr. (2 1/2 Fr. pro Tag). Dauert die Arbeitslosigkeit länger, so besteht der arbeitslose und in der Stadt Bern ansässige Berner Kantonsbürger ein Wochengeld von 12 Fr., bis er Arbeit angewiesen erhält. Nicht in Bern ansässige arbeitslose Kantonsbürger sind während der 5. Woche noch zum Bezuge des Wochengeldes von 12 Fr. berechtigt. Kantonsfremde und Ausländer, die in Bern ansässig sind, bleiben die fünfte Woche ohne Arbeitslosen-Entschädigung. Doch beginnt für sie das Bezugsrecht auf das reduzierte Wochengeld mit der sechsten Woche. Die Mittel hierfür werden aufgebracht durch die Sparsparlagen der Arbeiter, die Beiträge der Unternehmer, sowie die Zuschüsse des Staates und der Gemeinde. Die Unternehmer haben während der ersten vier Wochen der Arbeitslosigkeit so viel zuzuschüssen, als der Arbeiter von seinem Sparguthaben braucht. Erhält er sein Guthaben vollständig, so beträgt der auf den Unternehmer fallende Beitrag 30 Fr. Die hieraus resultierende

Belastung der Unternehmer soll von der Gesamtheit derselben getragen werden, doch immerhin so, daß der Gesamtbetrag dem ungleichen Risiko der einzelnen Unternehmer und den Schwankungen in der Geschäftslage der verschiedenen Branchen angepaßt wird. Der Zuschuß des Kantons soll für die arbeitslosen Kantonsbürger im Maximum 24 Fr. im Jahr betragen. Die Höhe des Beitrags der Gemeinde ist unbestimmt; er soll von der sechsten Woche der Arbeitslosigkeit an wöchentlich 12 Fr. für jeden Arbeitslosen betragen und zwar für so lange, bis dem Arbeitslosen Arbeit angewiesen werden kann. Im Falle der Abreise erhält der Arbeiter sein Sparguthaben ausbezahlt, im Todesfall erhalten es seine Hinterlassenen, verzinst wird es dagegen nicht.

Eine gewisse Originalität kann man diesem Projekt nicht absprechen, meint unser Nürnberger Parteiorgan, dagegen muß man ihm auch sofort zum Vorwurf machen, daß es kompliziert und zu sehr gekünstelt ist. Die Unterscheidung der Arbeiter in Kantons- und Schweizerbürger, sowie Ausländer und eine entsprechende Abflutung ihrer Rechte, während alle die gleichen Pflichten zu erfüllen haben, kann vor einer offenen Kritik nicht Stand halten. Für alle Abteilungen des vorgezeichneten Arbeitsamtes kann der Arbeiter eben nur als Arbeiter in Betracht kommen, ob er nebenbei Berner, Baseler oder Badener ist, sollte außer Betracht bleiben.

Eine andere Frage ist schließlich noch die, ob nicht die vorgeschlagene Gestaltung des Arbeitsnachweises sich in der Praxis als reaktionär erweisen würde. Sehr bedenklich ist auch der Umstand, daß die Kantonsfremden und Ausländer plötzlich, nachdem sie vier Wochen lang arbeitslos waren und Unterstützung bezogen haben, die fünfte Woche nichts erhalten sollen. Von was sollen sie während dieser Zeit leben? Solche Mängel müssen beseitigt werden, sollen nicht viele Arbeiter selbst schon von vornherein zu Gegnern des Gesetzes gemacht werden, an denen es selbstverständlich in den anderen Kreisen der Bevölkerung nicht fehlen wird. Die Verwerfung der Arbeitslosenversicherung in Basel ermuntert übrigens auch nicht zu der Hoffnung auf ein Gelingen des ganzen Planes.

### Zur lex Heinze.

Kann die lex Heinze ein rechtsgültiges Gesetz werden? Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die „Post“, die „Deutsche Tageszeitung“ und andere Blätter werfen im Anschluß an die neulich geheime Sitzung des Reichstages die Frage auf, ob solche Sitzungen zulässig sind und ob die in solcher Sitzung gefassten Beschlüsse rechtsgültig seien. Sie verweisen mit berühmten Staatsrechtslehrern wie Laband, Ehrlich, v. Seydel diese Fragen, weil die Verfassung der Geschäftsordnung vorgeht und Artikel 22 der Reichsverfassung vorschreibt: „Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich.“

Die Blätter unterlassen es, die aus ihrer und Laband's Ansicht, daß in nichtöffentlichen Sitzungen gefasste Beschlüsse des Reichstages rechtlich unwirksam sind, sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. Es sind diese: Da der Beschluß des Reichstages über § 327a des Strafgesetzbuches ebenso wie die Verhandlungen über ihn rechtswirksam sind, so würde ein auf Grund dieser nichtöffentlichen Verhandlung zu Stande kommendes Gesetz rechtlich unwirksam sein. Ihm hätte demnach der Bundesrath seine Zustimmung zu verweigern. Der juristische Rathgeber des Kaisers ferner hätte sich die Frage vorzulegen, ob, wie viele Staatsrechtslehrer annehmen, in

solchem Falle dem Kaiser zu rathe sei, das „Gesetz“ nicht zu publizieren, weil dafür eine ordnungsmäßige Bestimmung des Reichstages nicht vorliegt, wenigstens § 327a abgelehnt ist.

### Konservativer Fleischschau-Pader.

In Sachen des Fleischschau-Gesetzes wird hinter den Kulissen nicht nur anscheinend eifrig gehandelt, sondern die Agrarier scheinen auch einzusehen, daß ihnen vorläufig nichts weiter übrig bleiben wird, als etwas einzulassen. Auseinandersetzungen, welche Mittwoch in der Plenarsitzung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen stattfanden, lassen das erkennen.

Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Grafen K l i n d o w s k i. Nach Eröffnung der Sitzung theilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand beschlossen habe, im Einverständnis mit dem Minister und den Abgeordneten der Provinz das Referat von der Tagesordnung abzuheben.

Graf Ranig stellte die Frage, welche Gründe den Vorstand zur Abhebung des Referats veranlaßt hätten. Graf K l i n d o w s k i antwortete, daß der gegenwärtige Stand der Angelegenheit so diskreter Natur sei, daß es sich nicht empfehle, dieselben zur Zeit in der Öffentlichkeit zu verhandeln. Graf Ranig widersprach dem und erklärte des weiteren, daß die konservative Partei am letzten Donnerstag in ihrer Fraktionsitzung mit allen gegen eine Stimme beschlossen habe, an dem Verbot der Einfuhr von Pölsfleisch festzuhalten. Graf K l i n d o w s k i bestritt, daß dieser Beschluß mit allen gegen eine Stimme gefaßt sei. Die Partei werde sich vielmehr mit dieser Frage noch eingehender zu beschäftigen haben.

### Boycott gegen Arbeiter.

Ein eigenartiger Boycott wird in Müdersdorf geübt. Dasselbst haben verschiedene Hauseigentümer beschlossen, an streikende Maurer keine Wohnung mehr zu vermieten. Dazu äußern sich die Streikenden in einem Eingeladten des Sozialblattes folgendermaßen: „Wenn wir keine Wohnung mehr bekommen, so wohnen wir eben im Freien, denn es geht zum Sommer und zum Winter kaufen wir uns Schloß Seebad, hauen es aus (denn wir haben ja Zeit genug) und gründen eine Maurerkolonie. Wir haben also durchaus keinen Grund zu Befürchtungen und wünschen den Hausbesitzern viel Glück zu ihrem Boycott.“

Der Staat setzt Schulzen ab, die an Sozialdemokraten Wohnungen vermieten; der Militäriskus boykottirt Gastwirthe, die ihre Säle für sozialdemokratische Versammlungen hergeben so gut wie für konservative und andere Parteiversammlungen. Wenn jetzt Müdersdorfer Hauswirthe streikende Arbeiter boykottiren, so hat man darin eine neue Schattierung in den Kampfmitteln zu erblicken, mit denen auf politischem und sozialem Gebiete operirt wird. Man weiß nicht, was noch werden mag. Die Welt wird schöner mit jedem Tag.

Aber wenn Sozialdemokraten ihre Gegner boykottiren, werden sie eingelockt. Von Rechts wegen!

**Wasi-Prämie.** In dem vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen „Eisenbahn-Nachrichten-Blatt“ fand sich vor Kurzem ein Erlass des Ministers, der Grundzüge für die Regelung der dienstlichen Verhältnisse der Hilfsbediensteten und Arbeiter aufstellt. Abschnitt 1 dieser Grundzüge befaßt sich mit den Lohnverhältnissen und es werden eine Reihe Fälle aufgezählt, in denen

## Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola. Deutsch von Kurt Baake.

Du Poizat stand leichenblau daneben und erzählte, sein Vater hätte, als er ihn auf die Treppe gekommen gesehen, wie toll zu schreien begonnen: Diebe! Diebe! und hätte aus unmittelbarer Nähe zwei Schüsse auf ihn abgefeuert; er wies auch noch das Loch, das eine Kugel in seinem Hut geschlagen hatte. Dann — so stellte er wenigstens den Vorgang dar — sei sein Vater auf den Rücken gefallen und hätte sich den Schädel an der Kante der untersten Treppentritte zerpalten. Dieser tragische Tod, dieses geheimnißvolle Drama, das sich ohne Berge abgepielt, gab im ganzen Departement zu den arglichsten Gerüchten Anlaß. Die Ärzte konstatierten zwar, daß dem Verstorbenen blühend der Schlag gerührt hätte, aber die Feinde des Präfecten behaupteten nichtsdestoweniger, daß dieser den Alten die Treppe herabgestoßen hätte, und die Zahl seiner Feinde wuchs in Folge seiner brutalen Verwaltung, deren Schreckensregiment erschreckend auf Niort lastete, von Tag zu Tag. Du Poizat blieb die Zähne aufeinander und ballte seine Fäuste, die denen eines kränklichen Kindes gleichen. Mit klammern Gesicht bot er dem Sturm die Stirn und zwang durch einen Blick seiner grauen Augen, wenn er vorüber ging, das Geschwätz auf den Thüreschwellen zu verstummen. Aber es traf ihn noch ein zweites Unglück; er mußte Silquin verlassen, der in einer häßlichen Loskaufsgeschichte vom Militärdienst arg kompromittirt war. Für hundert Franken hatte sich Silquin verpflichtet, Bauernsöhne vom Militärdienst zu befreien. Er wurde vom Zuchtpolizeigerichte gerettet und verurtheilt; mehr ließ sich nicht thun.

Wie jetzt hatte sich Du Poizat mit aller Kraft an Rougon gefaßt und dessen Verantwortlichkeit mit jeder neuen

Katastrophe immer noch mehr belastet. Er mußte jetzt aber wittern, daß der Minister vor dem Sturze stand, denn er kam nach Paris, ohne ihn zu benachrichtigen. Auch seine Stellung war erschütterter, er fühlte die Macht, die er selber untergraben hatte, wanken und in den Fugen krachen und suchte schon nach einer mächtigen Hand, um sich an sie anzuklammern. Er dachte daran, sich nach einer anderen Präfektur versetzen zu lassen, um der sicheren Entlassung zu entgehen. In Niort war er nach dem Tode seines Vaters und Silquin's Schelmenreich unumöglich geworden.

„Eben bin ich zwei Schritt von hier Herrn Du Poizat im Faubourg St. Honore begegnet“, erzählte Clarinde eines Tages aus Bosheit dem Minister. „Stehen Sie nicht mehr gut miteinander. . . . Es sah so aus, als wenn er auf Sie wüthend wäre.“

Rougon vermied es, ihr hierauf zu antworten. Seit er dem Präfekten mehrere Gunstbezeugungen hatte abgeschlagen müssen, fühlte er, wie das Verhältnis zwischen ihnen allmählich eifrig wurde; jetzt unterhielten sie nur noch offizielle Beziehungen miteinander. Auch sonst zeigte sich überall die Auflösung. Selbst Frau Correur ließ ihn im Stich. An manchen Abenden empfand er wieder jenen Einbruch der Verzweiflung, worunter er schon früher einmal in der Rue Marbeuf gelitten hatte, als die Bande an seiner Zukunft gezweifelt hatte. Wenn er den Tag über mitten unter der Menge, die seinen Salon belagerte, in Arbeit zugebracht hatte und Abends zur Bestimmung kam, dann fühlte er sich allein und verlassen und das Herz blutete ihm. Seine Vertrauten fehlten ihm. Ein gebieterisches Bedürfnis quälte ihn nach der beständigen Bewunderung des Obersten und des Herrn Bouchard, nach der Lebenswärme, die sein kleiner Hof um ihn verbreitete; ja, er sehnte sich sogar nach Herrn Desjain's Schweigen.

Da versuchte er nochmals, seine Leute nun sich zu

sammeln; er wurde lebenswüthig, schrieb Briefe und machte unerwartete Besuche. Aber die Bande waren zerfallen, und es gelang ihm nicht, sie Alle an seiner Seite zu haben; wenn er an einer Stelle eine Zwißigkeit beigelegt hatte, riß der Faden wieder an anderer Stelle. Und so blieb er trotz alledem unvollständig, bald fehlte ihm dieser, bald jener Freund, bald dieses, bald jenes Glied. Schließlich blieben Alle fort. Es war der Todeskampf seiner Macht. Er der Starke, war durch die lange Arbeit um ihr gemeinam's Glück an diese Einfaltspinsel gebunden. Auf ihrem Rückzuge nahm Jeder ein Stück von ihm mit fort. Bei dieser Verzögerung seiner Bedeutung lagen seine Kräfte gleichsam brach; seine starken Fäuste schlugen ins Leere. An dem Tage, da die Sonne seinen Schatten allein abmalte, da er sich nicht mehr durch Mißbrauch seines Kredites mästen konnte, schien es ihm, als wäre sein Platz auf Erden kleiner geworden, und er träumte von einer neuen Fleischverdung seiner selbst, von einer Auferstehung als donnernder Zeus, zu dessen Füßen keine Rique mehr lag und der durch den bloßen Klang seiner Stimme Gesetze diktirte.

Doch hielt sich Rougon noch nicht für ernstlich erschüttert. Er achtete die Bisse gering, die kaum seine Fersen ritzten. Unpopulär, einsam und mähtig regierte er. Zudem baute er mit ganzer Kraft auf den Kaiser. Seine Leichtgläubigkeit wurde seine einzige Schwäche. Bei jeder Audienz fand er den Herrscher gütig und sanft gestimmt; das alte blaße, unbedürftliche Lächeln ruhte auf seinen Lippen; jedesmal erneuerte ihm der Kaiser den Ausdruck seines Vertrauens und wiederholte ihm die so oft gegebenen Wahrungen. Das genügte ihm. Der Monarch konnte nicht daran denken, ihn zu opfern. Diese Sicherheit bestimmte ihn, einen großen Wurf zu wagen.

(Fortsetzung folgt.)



ein Lohnabzug bei Arbeitsverhältnissen nicht eintreten soll. Dies heißt...

Bei Ausübung des Wahlrechts zu den Landtagswahlen (nicht auch den Reichstagswahlen) für die notwendige Abwesenheit vom Dienst bis zur Hälfte der täglichen Arbeitszeit.

Die Votenoth in Preußen gedenkt Rußland nach offiziellen Mittheilungen des „Hamburg. Corr.“ unter gewissen Umständen zu einer Waffe für seine eigenen Zwecke zu machen.

Ein Ausnahmegesetz für Landarbeiter plante man in Braunschweig. Der Kontraktbruch des ländlichen Gekündeten sollte mit besonderer Härte geahndet werden.

Ein Jenseitswangungsverfahren wurde gegen den verantwortlichen Redakteur der „Neusüden Tribüne“ den Genossen Seifarth mit Erfolg angestreift. Die Angelegenheit hängt mit einem Artikel der „Neusüden Tribüne“ vom 19. Oktober vorigen Jahres zusammen.

Russland.

Frankreich. Der Pariser „Matin“ erklärt, wie es scheint offiziell, die Gerüchte, wonach die Lage der Europäer in China gefährlich geworden sei, für erfunden.

England. Die Auflösung des englischen Parlamentes wird von allen Parteien des Landes als bevorstehend betrachtet und sie beginnen demgemäß bereits, ihre Räumungen für die Neuwahlen, welche, wie man annimmt, im Juli stattfinden werden.

Lobetheater.

Ratibsch, den 21. März.

„Kosmetoholm“. Schaubiel in der Alten von Genetl Jähen.

Sind ihr schon in allen, für die Jahrbücher gekonnten Paraphrasieren zu Gott gekommen? Ueber ausgeleitete Säulen in flüsternd überdrückten Krempelbüchern wippt man langsam empor.

So ist Kosmetoholm, der Stammvater der Kosmerer, die dem Staat eine lange Reihe von Diktatoren und Beamten geliefert haben. Hier ist Kosmetoholm's Stammvater.

Foll ist. Dieses Gesetz wird allgemein als ein politisches Manöver bezeichnet. Man will damit den Regierungskandidaten die Stimmen der Landarbeiter sichern.

Krieg in Südafrika.

Die Londoner „Daily Mail“ erfährt aus Bloemfontein, daß auf drei Wochen hinaus keine weitere Bewegung wahrscheinlich sei, da Unterhandlungen im Gange seien.

Aus Natal melden Londoner Blätter: Ein Kundschafter meldet, daß Bomeroy bei Diggarsberg von den Buren fast vollständig eingekesselt wurde.

Mit den zum Entzug von Mafeking von Norden her vorrückenden englischen Truppen unter Oberst Blamer haben die Buren in den letzten Tagen in der Nähe von Lobatsi in mehreren Treffen gekämpft.

Eine weitere, dem „Neusüden Bureau“ zugegangene Meldung über das Gefecht bei Lobatsi am 15. d. Mts. besagt, daß die Buren schließlich mit beträchtlichen Verlusten in die Flucht geschlagen wurden.

General Gatacre wurde bei Bethulie von den Buren unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Viele Engländer wurden gefangen genommen.

Die Verschmelzung von Transvaal mit dem Drarje-Freistaat ist nach einer „Times“-Meldung aus Lourenço Marques derart geplant, daß Krüger Präsident und Steija Generalkommandant wird.

Eine Friedensdeputation der Buren ist nach Europa unterwegs. Nach einer Kapstädter Meldung der Londoner „Morningpost“ ist das eigentliche Ziel dieser Friedensdeputation Rußland.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag ist heute mit der Aufarbeitung der Reste fertig geworden und hat die zweite Lesung des Etats beendet, doch nicht, ohne daß es noch einige recht lebhaft erörterungen gab.

Die Regierung hatte beantragt, die Ueberschüsse der Reichseinnahmen zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zu verwenden; die Kommission dagegen will sie zur Schulbentilgung verwendet wissen.

Stimmen gegen den Gedanken sträubte, dem Zustande ein zu machen, daß die Berufsgenossenschaften, Unternehmer-Organisationen, zinslos Vorkauf von der Reichspost empfangen.

Die Uebersicht über die Einnahmen Ausgaben des Rechnungsjahres 1898 auf Antrag Singer an die Rechnungscommission zur vorweisen. Genosse Singer hob hervor, daß Palästina-reise des Kaisers, an der der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes theilgenommen hat, zu einer Sta-überschreitung seitens des genannten Amtes ge- habe, über die keine genügende Aufklärung gegeben sei.

Nunmehr schritt das Haus zur zweiten Berathung Gesetzes über die Patentanwälte. Zu lag ein Antrag von unserer Seite vor, der die Errichtung einer Patentanwaltskammer forderte. Seine begründete den Antrag mit der Nothwendigkeit, bürokratische Bevormundung der Patentanwälte zu hindern, die sonst unfehlbar eintreten werde.

Paragraph 2 des Gesetzes regelt die Eintragung in die Listen der Patentanwälte. Unsere Partei antrug die Hinzufügung eines Satzes, der ausdrücklich stimmen soll, daß politische, wissenschaftliche, religiöse künstlerische Handlungen und Anschauungen keinen Grund zur Verweigerung der Eintragung bilden sollen.

Der Rest des Etats wird in zweiter Lesung debattirt erledigt. Ebenso das Etats- und das Anleihegesetz. Weiter wird folgende Resolution angenommen: Den Reichstagsrat zu ersuchen, dem Reichstag mit dem nächsten Staatsanwalts die Grundzüge der Reichsverwaltung über Deduktion von Ausgaben des Reichs durch Aufnahme von Anleihen mitzutheilen.

Aus aller Welt.

Zum Königler Morde. Die Staatsanwaltschaft hat auf Ermittlung des Mörders eine Belohnung von 700 Mk. ausgesetzt und die Polizeiverwaltung hat die zuerst ausgelegte auf 1000 Mk. erhöht.

Zwei Kinder vergiftet. Wie aus Ollendorf gemeldet wird, ist dort Witwath adens auf eine noch nicht aufgeklärte in die Hände der achtjährigen Tochter des Schuhmachers Gernand und der vierjährigen Tochter des Stellmachers Kühnhäufen in der Behausung des Lehrers Gist gekommen und von den beiden Kindern gewaschen worden.

Die älteste Frau Deutschlands, eine in Rogdorf im hiesigen Kreis wohnhafte Frau May, ist am Sonnabend im Alter von 103 Jahren gestorben.

Die Liebe hat eine Fabrikarbeiterin aus M.-Glabbech geodacht, ihren im Gefängnisse zu Khevedt inhaftirten Geliebten auf eigenartige, außerordentlich raffinierte Weise zu befreien. Nachdem nämlich sich des Abends in die Wohnung des Fabrikarbeiters und verdeckt sich dort unter dem Bett versteckt hatte, ist der Gefangenwärter zu Bett gekommen und seinen Schlaf verfunken war.

wählen im Hirt des Hellen Kosmer. Er müßt sich, sie zu verbergen, um die Gattin nicht zu kränken. Aber der wilde Galt von Nordland hat Arbeit zu thun, hat sein Ruten bemerkt. Da treibt es sie, ihn aus der unruhigen Erde zu lösen und ihn groß, stark und frei wie sich selbst zu machen.



die Verwendung überhöflicher Reichsbeamten aus dem Rechnungsjahr 1900.

Die Regierungsvorlage will den Ueberfluß zur Verklärung Betriebsmittel der Reichskasse zurückbehalten.

Nach den Kommissionsbeschlüssen dagegen sind drei Viertel des Ueberflusses an den Bundesstaaten zu überweisenden Beschlüssen zu fügen und zur Verminderung der Reichskasse zurückzubehalten.

Abg. Singer (Soz.) weist darauf hin, daß die Post den Berufsgenossenschaften die ihnen gesetzlich auferlegten Kosten für lange Vorzüge das trage dazu bei, daß es dem Reich die höchsten Betriebsmitteln fehle.

Das Gesetz wird darauf genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung der Ueberflüsse der Reichskasse und Einnahmen für 1898.

Abg. Singer (Soz.): In der vorliegenden Ueberflüsse findet eine Ueberziehung, die verursacht ist durch Dienststellen und die des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes nach Jerusalem. Ich bin der Ansicht, daß dieser letztere Teil der Ueberziehung angefochten werden muß.

Die Reisen, die der Kaiser macht, sind Privatreisen, und wenn er hohe Beamte zu seiner Begleitung einladet, so erlaubt sich daraus von selbst, daß dann auch die Kosten dieser Reisen aus der Privatkassette des Kaisers zu bezahlen sind.

Man wird sehr erhaunt sein, namentlich zu erfahren, daß ein Teil dieser Reise auf Reichskosten gemacht worden ist. Ich beantrage, die Ueberflüsse nochmals an die Kommission zu verweisen zu erneuter Berichterstattung, damit wir Gelegenheit erhalten die Frage hier prinzipiell zu entscheiden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Singer wird darauf angenommen. Daraus stimmt die Sozialdemokratie, Freisinnigen und das Zentrum.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über Patentanwälte.

§ 1 lautet: Bei dem kaiserlichen Patentamt wird eine Klasse von Patentanwälten geführt. In die Klasse werden Personen, die in Angelegenheiten, die zum Geschäftsbereich des Patentamts gehören, vor demselben für eigene Rechnung berufsmäßig vertreten sind, eingetragen.

Abg. Heine (Soz.) beantragte hierzu folgenden Absatz 2: Sämtliche eingetragenen Patentanwälte bilden eine Patentanwaltskammer mit dem Sitz in Berlin, die aus ihrer Mitte einen Vorstand erwählt. Die Satzungen der Patentanwaltskammer unterliegen der Genehmigung des Reichskanzlers.

Abg. Heine (Soz.): Unsere Stellung zu diesem Gesetz im Allgemeinen behalten wir uns vor. Wenn man den Stand der Patentanwälte nach Art der Rechtsanwälte regeln will, so muß man eine andere Lösung suchen als hier gefunden ist.

Die einzige Stützpunkt von Belang ist nur der, daß der Stand der Patentanwälte sei noch zu jung, um seine Angelegenheiten selbstständig ordnen zu können. Dieser Einwand ist aber heute, wo man dem Schneider und Schuster das Recht giebt, sich korporativ zu organisieren, durchaus unbegründet.

Die Regierung will aber ihren Einfluß auch auf den neuen Stand haben. Nehmen Sie unsern Antrag jetzt ab, dann kommen die Patentanwälte später nicht wieder der Bevormundung heraus. (Bravo! d. d. Soz.)

Unterstaatssekretär Nothe bittet den Antrag Heine abzulehnen. Der Stand der Patentanwälte sei noch zu jung, er sei noch eine unentwickelte Gesellschaft.

Abg. Dr. Dertel (Konf.) hält die Patentanwaltskammer zur Zeit noch nicht durchführbar und bittet um Ablehnung des Antrags Heine.

Die Abgg. Hoffmeister (freil. Sp.) und Traeger (freil. Sp.) stimmen für den Antrag Heine zu.

Die Abgg. Dr. Bauck (Oberparait) (Sp.) und Müller-Wulburg erklären sich gegen den Antrag Heine.

Der Reichshaus bemerkt, kein Vorwurf sei ungedreht als der Bureaukratismus, den der Abg. Heine erhoben hat. Die Einrichtung von Kammern für die Patentanwälte werde später möglich und nützlich sein.

Abg. Heine (Soz.): Den Bureaukratismus sehe ich in der Ausführung des Gesetzes. Der Herr Unterstaatssekretär sprach von der unentwickelten Gesellschaft. Sollte er das in moralischer Hinsicht meinen haben, so wäre das eine sehr unglückliche Bezeichnung.

Unterstaatssekretär Nothe erwidert, daß der Ausdruck unentwickelte Gesellschaft aus den Kreisen der Patentanwälte selbst komme.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Schrader (freil. Sp.) und Dr. Dertel (Konf.) schließt die Diskussion. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt. § 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Nach § 2, 4 ist die Eintragung zu versagen, wenn sich der Antragsteller eines unwürdigen Verhaltens schuldig gemacht hat.

Abg. Heine (Soz.): Auch hier zeigt sich wieder das Streben der Bureaukratie, ihre Macht und ihren Einfluß zu erweitern. Der Unterstaatssekretär hat ja ausdrücklich erklärt, politischen oder sonstigen Ansichten oder Handlungen der Patentanwälte nicht zu rügen zu treten. Warum sträubt er sich dann aber, dies gesetzlich zu tun?

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

In Plammen steht seit Mittwoch Nachmittag die Stadt Lubusowa in Galizien. Auf dem großen Ringplatz hat kein einziges Haus verschont, auch die meisten Seitenstraßen sind gänzlich niedergebrannt. Schule und neue Synagoge wurden ein Raub des Feuers. Das Glend ist unvorstelllich. Mehr als 200 obdachlos gewordene Familien haben bei grimmiger Kälte auf freiem Felde. — Auch in der Stadt Lubusowa wüthete am Mittwoch ein großes Feuer. Innerhalb einer Stunde waren 12 Häuser, darunter Post- und Telegraphenamt, zerstört. Aus Lubusowa mußte Militär zur Hilfeleistung geschickt werden.

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

Die Bewegung des Erdbodens, die durch den Kohlenbergbau hervorgerufen werden, dauern in Lütich fort. Dienstagabend nach 10 Uhr hörten plötzlich die Bewohner der Straße Albertstraße ein unterirdisches, einem Wasserfalle ähnliches Geräusch. Auf dem darauffolgende die Häuser, die die Nummern 37 und 39 hatten, sich zu spalten. Tiefe Ausschüttungen von wachsender Ausdehnung zeigten sich in den Gärten. Die ehemalige, jetzt aufgetragene Feste "Paradies" hatte in dieser Gegend ihren Betrieb; eine der Häuser muß eingestürzt sein. Die ganze Straße wurde polizeilich abgeräumt.

festzulegen. Die Regierung hat bisher nur zu oft ihre Macht mißbraucht, um die Freiheit der Ueberzeugung zu unterdrücken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man sagt, man wolle nicht gegen Bestimmungen, sondern nur gegen Handlungen vorgehen. In dem Augenblick aber, wo ein Beamter seine Stellung ausübt, liegt eine politische Handlung vor und die Behörden fähig sich befugt, einzugreifen. Im Jahre 1884 wurde Professor Müller in Königsberg als unwürdig seiner Stellung gemahnt, weil er ein Hoch auf den Landtagspräsidenten v. Hülshorst ausgedrückt und eine fortschrittliche Versammlung einberufen hatte (Hört! hört! d. d. Soz.) Ich erinnere an den Fall Delbrück und über die Mahnung der Landtagspräsidenten v. Hülshorst mit nicht geschrien haben. Der Fall Kronk hat uns nun gezeigt, daß auch gegen Beamte wegen ihrer politischen Ueberzeugung vorgegangen werden kann. Kronk hat bei ihm einen beachtenswerten Charakter konstatirt. Dasselbe kann auch bei den Patentanwälten geschehen. Allerdings stellt Dr. Kronk-Vorlesungsbefugnis aus, das ihm die Patentanwälte nicht, dafür ihn es aber Beamten und Staatsbeamten. Vielleicht kommen diese also auch einmal unter die Disziplin der Bureaukratie. (Getuschelt bei den Soz.)

Ich sehe in dieser Tendenz, die Amtspflicht auszuheben bis zum Verzicht auf jede freie Meinungsäußerung, eine politische Gefahr, und es ist zu befürchten, daß auch die freien Berufe von dieser Gefahr nicht verschont bleiben. Wenn das Staatswesen nicht zeitungslos zum Spielball der Parteimächte werden soll, dann muß jederzeit allen Staatsbürgern das Recht der freien Ueberzeugung garantiert werden. Für Leute von gesunder Moral mache unsere Forderung ja eigentlich selbstverständlich sein, sie ist aber freilich nicht selbstverständlich für Parteipolitiker, die nicht den höchsten Werth der Ueberzeugungen wahren, sondern sich des heuchlerischen Kampfmittels bedienen, ihre Gegner einfach als ehrlos und minderen Rechts zu erklären. (Sehr gut! bei den Soz.)

Der Reichstag würde sich kein Namensdenkmal setzen, wenn er auf diesem Gebiete des Schutzes der politischen Ueberzeugung zurückbliebe selbst hinter dem preussischen Landtage. (Lebhafter Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Redner hat den Fall Kronk erwähnt. Zwischen einem Lehrer der Jugend und einem Patentanwalt besteht doch ein erheblicher Unterschied. Man würde einen Fall erst hinsichtlich konstatiren, in dem ein Patentanwalt in Folge seiner politischen Gesinnung disziplinarisch verfolgt werden könnte. Ich bitte Sie, den Antrag wegen seines hochbedenklichen Charakters abzulehnen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Dertel (Konf.): Von Juristen, die jeden politischen Gegner als Pöbel bezeichnen, ist mir nichts bekannt. Die Mahnung der Landräthe erscheint auch mir verfassungswidrig. Aber Patentanwälte dürfen nicht mit Beamten auf eine Stufe gestellt werden. Wenn ein Beamter agitatorisch politische Ansichten vertritt, die mit dem monarchischen Bestand des Staates unvereinbar sind, dann ist er nicht fähig, sein Amt zu verwahren. Die Disziplinierung des Dr. Kronk billigen wir durchaus. Ein Lehrer der Jugend darf nicht Mitglied einer Partei sein, die gegenstandsmäßig nicht mehr auf verfassungsmäßigem Boden steht. Mit den Rechtsanwälten und den Patentanwälten liegt die Sache anders. Ich habe mich überzeugt, daß das Vorhandensein eines solchen Antrags, wie der Antrag Heine, für den gesunden Menschenverstand unverständlich ist. Ich stimme also gegen den Antrag.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antik.) bittet aus nationalen Gründen um Annahme seines Antrags.

Abg. Erager (fr. Sp.) bittet in Hinblick auf den unbestimmten Begriff der „Unwürdigkeit“ in § 6 den Antrag Heine anzunehmen.

Abg. Singer (Soz.): Herr Graf Posadowsky hat bemerkt, daß der Abg. Heine diesen Stoff zu einer hochpolitischen Rede benützt hat. Die Schuld daran liegt aber an der Regierung, die es versteht, Dinge, die mit der Amtverwaltung absolut nichts zu thun haben, als Grund für Mahnungen zu benutzen. Der Beamte soll nicht das willenlose Werkzeug der Regierung sein, er soll die öffentlichen Rechte haben, wie die übrigen Staatsbürger. Seine Ansichten sollen ausgedrückt zu dürfen. — Es ist ja ersicht, daß der Staatssekretär es für nicht richtig hält, anders Denkenden ohne Weiteres ehrlos Gesinnung unterzuschieben. Wenn nur auch die Regierung auf diesem Standpunkt stände. Aber noch vor Kurzem bestand die Majorität dieses Hauses für sie aus „Reichsfeinden“. — Was den Antrag Heine anlangt, so verweise ich zum Beispiel auf unseren Genossen Stabinghaus. In dem Urtheil, daß seiner Zeit gegen ihn gefällt wurde, hieß es: „Durch das Hoch auf die Sozialdemokratie, die den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung anstrebt, hat er begründeten Anlaß gegeben zu der Annahme, daß er sich diesen Behauptungen anschließt; ein solches Verhalten erscheint unvereinbar mit den Pflichten des Rechtsanwalts.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unser Genosse Rahenknecht mag in Sieben den Justizdienst verlassen, weil er Sozialdemokrat war. Auch das Zentrum hat früher Ähnliches erfahren, als es noch Opposition gegen die Regierung trieb. Also unser Antrag ist gerechtfertigt als Vorichtsmaßregel gegen gewisse Strömungen in der Regierung, und ich bitte Sie, ihn anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Warburg (Zentrum) beantragt dem § 2 folgenden Zusatz zu geben: „Als ein unwürdiges Verhalten sind politische, wissenschaftliche und religiöse Ansichten und Handlungen des Antragstellers nicht anzusehen.“

Staatssekretär Graf Posadowsky: Alle Ausführungen des Herrn Abg. Singer beruhen darauf, daß er die Patentanwälte für Beamte hielt. Die Patentanwälte sind aber Gewerbetreibende. Der beantragte Zusatz ist auch deshalb überflüssig, weil sie den Ehrengerichtshof ja so gebildet haben, daß die Patentanwälte darin die Mehrheit haben.

Abg. Müller-Wulburg (natl.): Der Zusatzantrag ist überflüssig. Denn es handelt sich hier nicht um Beamte. Den Antrag Liebermann-Sonnenberg bitte ich Sie abzulehnen.

Präsident Graf Balckemann theilt mit, daß der Abg. Schmidt-Warburg seinen Antrag folgende Fassung gegeben habe: „Als ein unwürdiges Verhalten sind politische, wissenschaftliche und religiöse Ansichten oder Handlungen des Antragstellers als solche nicht anzusehen.“

Abg. Heine (Soz.): Ich habe zu Hause eine Menge Zeitungsausschnitte, in denen verlangt wird, daß auch der Rechtsanwalt Heine aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossen wird. Von Kronk hat bisher noch Niemand behauptet, daß er die Politik in die Hände getragen habe. Er ist gemahnt worden, weil er außerhalb seines Berufes politische Ueberzeugung bezeugt hat. Es heißt immer, die Sozialdemokratie ist gegen die Verfassung. Aber Sie (nach rechts) wollen doch auch das allgemeine gleiche Wahlrecht ändern. (Sehr richtig! links.) Aus Ihrer Mitte sind schon Vorschläge für den Staatsstreik gemacht worden. — Von unserer Partei aus ist niemals Jemand, der eine andere politische Meinung hat, für minder ehrenwerth und minder tüchtig für eine Amtsfunktion gehalten worden. Die Regierung hat bisher nur erklärt, sie beabsichtige sich nicht gegen die politische Ueberzeugung zu wenden, politische Handlungen hat sie immer noch ausgenommen. Herr Dertel meinte, die sozialdemokratischen Rechtsanwälte würden auch nicht an der Betheiligung ihrer politischen Ueberzeugung gehindert. An Verhinderer solcher Art hat es aber nicht gefehlt. Der Antrag des Kollegen Schmidt-Warburg ist unserer Meinung gleich. Wir sind bereit, den unseren zu seinen Gunsten zurückzugeben. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Dertel (Konf.): Wir sind natürlich auch gegen den Antrag Schmidt-Warburg, dagegen werden wir für den Antrag Liebermann stimmen.

Abg. Schrader (fr. Sp.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag Schmidt-Warburg stimmen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) bemerkt, Graf Mirbach hat einmal im Herrenhause gesagt, mit Jubel würden wir begrüßen, wenn die verhandelt würden, ein neues Reichsgesetz auf der Basis eines neuen Wahlrechts erlassen lassen würden. Was bedeuten die Worte mehr, als die Empfehlung des Staatsstreiks? (Lebhafter Beifall links.)

Der Antrag Liebermann wird abgelehnt, § 2 mit dem Antrag Schmidt-Warburg angenommen.

§ 3 erhält auf Antrag Heine denselben Zusatz wie § 2. Im § 18, der vom Ausschließungsrecht des Präsidenten des Patentamts handelt, wird der Zusatz der Kommission, daß dieser Paragraph auch auf Vorsteher der Patentbureau in industrieller Firmen keine Anwendung findet, auf Antrag Hoffmeister (fr. Sp.) gestrichen. —

Das Gesetz betreffend die Entziehung elektrischer Kraft wird in zweiter Beratung debattelos angenommen. — In dritter Beratung wird endlich der Antrag der Glad-Brüder auf Neuregulierung der Wahlen zum Landesausschuß von Elsaß-Lothringen unverändert angenommen.

Die dritte Sitzung Freitag 1 Uhr: Dritte Beratung des Gesetzes über die Patentanwälte und den Diebstahl elektrischer Arbeit; Petitionen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

**Preussischer Landtag.**

Berlin, den 22. März 1900.

Das Abgeordnetenhaus stimmte heute in dritter Beratung den Entwürfen über die Änderung der Grenzen der Stadtkreise Posen und Halle debattelos zu. Dann wurden Petitionen erledigt. Die Mehrzahl war rein persönlicher Natur. Am längsten hielt die Petition einiger Landgerichtsräthe aus Aachen auf, die ihre Verlegung in den Ruhestand und die Gewährung der Wohlthaten der mit Rücksicht auf das Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches getroffenen Bestimmungen vom 18. Juli 1899 an alle über 65 Jahre alten Richter wünschten. Der Justizminister Schönfeld drückte seine Verwunderung über diese Petition aus und sagte es dem Hause ins Gesicht, daß er es im Interesse des Ansehens des Beamtenstandes nicht für richtig halte, wenn höhere Beamte an den Landtag petitionirten. Das Haus ließ sich das ruhig sagen. Der Petition wurde übrigens keine Folge gegeben, sie wurde gegen den Widerspruch einiger Zentrumsabgeordneter durch Uebergang zur Tagesordnung befriedigt. Nur Justizminister und nicht Strafrichter ist die Wohlthat der frühzeitigen Pensionierung und zwar auch nur bis zum 1. Januar d. J. eingeräumt worden. — Eine Petition des Berliner Frauenvereins auf Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium wurde vertagt, da Herr Widert, der sich der Petition gern annähmigen wollte, erkrankt ist. — Am Freitag steht die Regulierung der schließlichen Gebirgsklasse auf der Tagesordnung.

**Parlamentarisches.**

Ueber die Flottenvorlage wird die Generaldiskussion in der Budgetkommission des Reichstags am nächsten Dienstag beginnen. Der Abg. Müller-Gulba, wegen dessen Erkrankung die Verhandlungen ausgesetzt werden sollten, ist inzwischen wieder genesen.

Die Kommission für das Baarenhausenergesetz hat am Mittwoch nach vierstündiger Beratung sämtliche Ueberänderungsanträge zu § 8 abgelehnt und den § 6 in der Fassung der Regierungsvorlage, also die Eintheilung in vier Gruppen (Materialwaren, Manufakturwaren, Möbel, Gold- und Galanteriewaren) unverändert angenommen, nachdem durch die Regierungsvertreter alle Ueberänderungsvorschläge als höchst bedenklich für das Zustandekommen des Gesetzes bezeichnet worden waren.

Der Landtagsabgeordnete Otto Kollisch wurde während einer Sitzung der Justizkommission mitten im Vortrag von einem Schloßgänger getroffen und linksseitig geköpft. Abg. Kollisch, Amtsgerichtsrath in Elssa i. B., ist am 21. Oktober 1843 geboren und seit dem Jahre 1888 als Mitglied der freisinnigen Vereinigung Vertreter des 6. Posener Wahlkreises (Fraustadt, Elssa, Rawitsch).

**Partei-Angelegenheiten.**

Ein neuer Sieg! Eins der in der letzten Bremer Bürgerchaftswahl gewonnenen Mandate war beanstandet worden, weil einige wegen Armenterstützung nicht berechtigte Personen gewählt hatten. Genosse Voigt, der mit nur 4 Stimmen Majorität gewählt war, hatte daraufhin sein Mandat niedergelegt. In der heute stattgehabten Nachwahl wurde er indeß glänzend wiedergewählt. Er erhielt 310 Stimmen, somit 78 Stimmen mehr als im November. Die liberalen Gegner blieben mit 232 Stimmen, ihrer damals erzielten Stimmengahl ziemlich gleich. Die Wahlbetheiligung war sehr stark. Der Wahlbezirk dürfte in Zukunft fester Besitz unserer Partei bleiben.

Partei-press. Die Chefredaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ übernimmt vom 1. Juli ab Genosse Dr. Südekum, der bisherige politische Redakteur der „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg. Genosse Südekum tritt an die Stelle des Genossen Ledebour.

**Arbeitsbewegung.**

Die Einigungs-vorschläge des Gewerbegerichts in Sachen des Holzarbeiterstreiks sind am Mittwoch Abend in einer stürmisch verlaufenen Versammlung der Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbandes gutgeheißen worden. In dieser Versammlung in der Feuerrei Friedrichsbaum wurden die mit besonderer Legitimation ausgestatteten Werkstatt-Delegirten zugelassen, die den großen Saal bald bis auf den letzten Platz füllten. Die Referate des Stadtv. Glöck und des Maschinenbauers Götz über das Resultat der Verhandlungen wurden mit Beifall und Würren angenommen. Der nächste Redner, Tischler Klein, fand stürmischen Beifall, als er scharfe Kritik an den Beschlüssen übte, die er als Folgen eines der Gefellen unwürdigen Kubhandels bezeichnet. Hiermit war das Signal zu einer lebhaften Debatte gegeben, in der es an Vorwürfen gegen die Streikleiter nicht fehlte. Die meisten Redner bezeichneten die Einigungsbedingungen als schmachvoll und beleidigend für die besser gestellten Arbeiter, die zu Gunsten ihrer schlecht bezahlten Kollegen die Arbeit eingestellt hätten und die nun zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Auch die Bestimmung, daß die Tischler die Maschinenarbeit beaufsichtigen und dabei mithelfen sollten, wurde aufs heftigste getadelt. Verschiedene Redner forderten deshalb Ablehnung der Vorschläge und Weiterführung des Kampfes. Dem Stadtv. Glöck und Redakteur Schmidt gelang es schließlich, die Erregung zu dämpfen und die Annahme der Vorschläge mit ungefähr 1200 gegen 500 Stimmen durchzusetzen.

Die gestern Abend stattgehabte Versammlung der Arbeitnehmer des Tischlergewerbes haben sich dagegen sämtlich für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen.

Für die streikenden Bergarbeiter Oesterreichs gingen bei der Generalversammlung ungenügend 34,544.09 Mk. ein. Die Beiträge, welche von einzelnen Verbänden direct nach Oesterreich gesandt sind (nach bisheriger Mittheilung 14,300 Mk.) werden nach Abschluß der Sammlung besonders angegeben.

**Neueste Nachrichten.**

Bei der Stadtverordnetenwahl in Bremerhaven siegten, nach der „Schief. Stg.“, in der dritten Klasse die Sozialdemokraten mit ihren sämmtlichen Kandidaten.

Nach einer Mittheilung aus bestunterrichteter Quelle wird die bayerische Regierung eine Erklärung abgeben, daß sie auf die letzte Forderung in der Kompromissform keinen Werth lege. Damit gilt das Gesetz für gescheitert.

Die neue Wiener Gemeindevorordnung, durch welche die Herrschaft der Christlich-Sozialen im Gemeinderath für die Zukunft fest begründet werden soll und der größte Theil der Arbeiter vom Wahlrecht in der Gemeinde ausgeschlossen wird, ist trotz aller wiederholten Proteste in Funktion worden. Es ist nun eine stürmische Gegenagitation der Sozialdemokraten zu erwarten.



# Um den colossalen Andrang

## Sonntag von 11 bis 2 Uhr

20% zu vermeiden, gewähre dem Publikum 20% welches seine Einkäufe von 20% 7 bis 9 befreit.

### Deutsches Kaufhaus, Obdanerstrasse 45b, neben dem Bezirks-Commando.

#### Abtheilung I.

### Fertige Herren-Garderobe.

Herren-Anzüge, blau, braun Cheviot	9,50 Mk.
Herren-Anzüge, engl. Stoff	12,50 Mk.
Herren-Anzüge, in Cheviot, Kammgarn, blau, schwarz	14,50 Mk.
Herren-Anzüge, Kammgarn II.	18,25 Mk.
Herren-Anzüge, Kammgarn I.	19,75 Mk.
Herren-Anzüge, Satin, blau, braun, schwarz	21,00 Mk.
Herren-Anzüge, Rod zreichig	26,50 Mk.
Herren-Paletots, in gutem Cheviot	11,50 Mk.
Herren-Paletots, prima Krimmer	19,50 Mk.
Herren-Paletots, dito mit Seide	23,00 Mk.
Herren-Paletots, Hubertus auf Seide	18,50 Mk.
Herren-Paletots, Prima Eitel	24,50 Mk.
Herren-Paletots, Prima Waart	24,50 Mk.

#### Abtheilung II:


### Maass-Garderobe.

Sämmtliche Sachen werden unter Garantie des guten Sitzes geliefert.

Ganz besonders empfehle meinen **unvergleichbaren Herkules-Anzug** Mk. 31,00, **seiner schwarzen Kammgarn Anzug Prinz Heinrich** Mk. 37,50, **Sport-Paletot** Mk. 25,50, **Hamlet-Paletot** Mk. 22,50, auch in allen Farben nach Angabe gearbeitet.

60 80 80 80 80 80

Elegante Passformen!



Erstklassiges Fabrikat!

**J. Liebermann**

Schuhwaren-Magazin

Nicolaitrasse 50, Breslau, Nicolaitrasse 50.

Grösste Auswahl!

327

Billigste Preise!

80 80 80 80 80 80

## Zur Confirmation

empfehle ich für

### Mädchen

Lackschuhe	2,00
- Spangenschuhe	2,50
feine Wiener Leder-Schuhe	2,50
Galbschuhe, hübsch u. praktisch	4,00
Strand-Schuhe, elegant	4,50
Lack-Galbschuhe	4,50
Hohe haltbare Stiefeln mit Zierkappe	4,50
Schnür-Stiefel mit Rand, sehr chic	6,00
Knopf-Stiefeln, Rand, elegant	6,00
Strand-Knopfstiefeln	7,50
Rand, weiches Leder	7,50
Lack-Schnürstiefeln, hochlegante Handarbeit	8,00
Lack-Knopfstiefeln, fein und gut für	8,00

### Knaben

Galbschuhe elegant und gut	4,00
Gamaschen, feine Façon, sehr haltbar	5,50
Lackschuhe, ff. Handarbeit	8,00

## Bruno Rosenthal,

Breslau, Schmiedebrücke 57.

## \* Thalia-Theater. \*

### Volks-Vorstellung

Sonntag, den 1. April, Nachmittags 3 1/2 Uhr.

Zur Aufführung gelangt:

### „College Crampton“

Lustspiel in 5 Akten von Gerhard Hauptmann.

Preise der Plätze:

Loge	60 Pf.
Parquet	50 „
Sperrsitz	40 „
Balkon	40 „
II. Rang	30 „
III. Rang	20 „

Billets sind in der Expedition der Volkswacht zu haben.

## Deutscher Flottenverein, Provinzialausschuss für Schlesien.

Unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheit, der Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, Prinzessin von Preussen:

# Marine-Ausstellung

im Etablissement „Friebeberg“

Breslau.

Die Ausstellung enthält Modelle sämtlicher Schiffsgattungen unserer Marine, wie: Panzerschiffe, Panzerfahrzeuge, Panzerkanonenboote, grosse und kleine Kreuzer, Kanonenboote, Schulschiffe und Torpedofahrzeuge. Ferner Modelle fremder in Deutschland erbauter Kriegsschiffe, älterer Kriegsschiffe vom 17. Jahrhundert an, Schnell- und Postdampfern, See- und Flussdampfern, grosser Segelschiffe und Lustyachten, Schiffseinrichtungen, Schiffsmaschinen und -Kesseln, Schiffsgeschützen, Torpedos, Seeminen und Unterseebooten, Schiffsausrüstungsgegenstände, Standarten, Flaggen, Pläne, Bilder u. A.

Täglich geöffnet von Vorm. 9 Uhr bis Abends 10 Uhr.

Eintrittspreise: Wochentags 30 Pf., Sonntags 20 Pf.



## Fahrräder Ia. Qual.

Behrauer-Strasse No. 7  
Verkauf: Harrasgasse No. 4/5  
ab 1. 4. cr. Liebig's Etabl. (Sommerbahn)

### Jul. Dressler & Co.

## Das bestbekannte Photographische Atelier „Central“

Harrasgasse 4/5, Ecke Alte Faischenstrasse  
liefert speciell nur für Confirmationen  
12 Sitzbilder für 3,00 Mk., 8 Sitzbilder für 2,50 Mk.  
Feinste und haltbarste Ausführung garantiert.

## !! Zur Confirmation !!

### Für Mädchen

Lackschuhe	2,00
do. mit Spangen	2,50
elegante Halbschuhe	3,50
hohe Stiefel	5,00
hohe Stiefel mit Lack	6,00

### Für Knaben

Halbschuhe	3,50
hohe Gamaschen	5,00
befeste „Handarbeit“	6,25
Schnürstiefel	5,00
elegant, federleicht	6,00

## Ludwig Herz, Breslau,

Blücherplatz 4.

### 40 Waschtische,

196 Spiegel-

Schränken

und Spiegel

werden einzeln

auf Abzahl.

b. einer Anzahl

v. 5 Mk. und

wöchentl. Abzahl.

v. 1,50 Mk.

an, abgegeben

S. Osswald, Schillerstr. 74, I.

## Zur Frühjahrs-Saison.

Herren-Anzüge, gute haltbare Stoffe v. 10,50 Mk. an. | Sommer-Paletots in allen Farben von 9,00 Mk. an.

Knaben-Anzüge für Schule und Haus von 5,00 Mk. an.

Anfertigung nach Maass binnen kürzester Frist unter Garantie tadelloser Sitzes.

# Eduard Brock, Reuschestr. 57, Ecke Hinterhäuser.



## Lokales und Provinziales.

Breslau, den 23. März 1900.

### Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Gestern ging es in lautenem Galopp in die Sitzung hinein, die in der nächsten Sitzung, der letzten vor 1. April, beendet sein muß, wenn es nicht zu einer Auflösung kommen soll. Diskutiert wurde nicht oder doch wenig. Sehr viel Zeit nimmt hier immer der Monolog der Berichterstatter fort, den, von seltenen Ausnahmen abgesehen, niemand anhört, was manchen Berichterstatter nicht genügt, trotzdem in breiter Beaglichkeit noch einmal den schon oft gedruckt vorliegenden, mit dem Votum des Staatsausschusses versehenen Statistiken in allen Einzelheiten zu bemerken. Bemerkenswert aus der gestrigen Verhandlung ist uns die Ausführung des Stadtverordneten Brühns, die sehr auffällige Tatsache erörterte, daß die hiesige Polizeibehörde das frühere Staatstheater als öffentliches Tanzlokal konzeffionierte, obwohl dasselbe in unmittelbarer Nähe eines Krankenhauses, einer Kirche und einer Schule liegt. Wer da weiß, wie es die Polizei den armen Gastwirthen macht, die so manche volle Schankkonzession zu erlangen, wenn in der Nähe ihres Lokals auch nur eines von den drei öffentlichen Gebäuden liegt, die hier alle drei zunächst dem konzeffionierten Lokale liegen, dem vom Stadtverordneten Brühns erörterten Falle. Wir wundern uns freilich nicht — „es ist Alles seine Ursache“, wer kann was dafür?“

Die Sitzung wird Punkt 4 Uhr vom Vorsteher Geheimrat Dr. v. Bismarck eröffnet. Der Magistrat theilt der Versammlung mit, daß die Magistratssekretäre Michaelis und Schneider zu Ratsherrn ernannt worden sind.

Die Versammlung tritt dann in die Beratung des Haushalts für 1900. Wir geben einige der wichtigeren Spezialtitel wieder, deren vorläufige Festsetzung, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Regierung, in der Versammlung meist debattiert wurde.

Der Etat für die Verwaltung der Kommunal-Verwaltung ist für 1900 mit einem Defizit von 9000 Mk. zur Anlegung eines neuen Kommunal-Friedhofes auf städtischem Terrain, sowie 3600 Mk. zur Anlegung neuer Wege und zur Errichtung einer offenen Schauhalle auf dem Friedhof bei Gräbchen.

Der Etat des Klassen'schen Stieghauses. Zur Deckung eines Defizits von 800 Mk. ist ein Betrag von 800 Mk. eingezahlt worden, zur Herstellung gärtnerischer Anlagen ein solcher von 200 Mk., ferner zur Anmählung von Drahtmatrosen die Stelle der Strohplätze in dem Lagerstätten im alten Inassenhause die erste Rate von 480 Mk., zur Beschaffung von Kleiderständen die Summe von 985 Mk. und zur Pflasterung des Hofes am Stieghause 4400 Mk.

Beim Etat des Stadttheaters weist Stadtverordneter v. Bismarck darauf hin, daß außer den 20.000 Mk. Unterstützung durch den Staat, die auf 30.000 Mk. für Funduszwecke nur zu zahlen seien, wenn die Revision der Bücher die Zweckmäßigkeit der Zahlung erweise. Aus der Erweiterung des Stadttheaters durch die Stadtverordnetenversammlung 300 Mk. persönliche Zulage zuzusetzen; c) mit diesen Abänderungen den Etat vorläufig festzusetzen.

Beim Etat für die Verwaltung der Lehrerbildung beantragt der Referent, Stadtdr. v. Bismarck, die Einstellung von 4000 Mk. zur Beschaffung von Studienreisen ins Ausland für Oberlehrer und hiesige Lehrkräfte mit neupraxischer Lehrbefähigung, die an den hiesigen städtischen höheren Schulen in den neueren Sprachen unterrichten.

Bei Festsetzung des Etats der August-Schule fragt der Stadtverordnete Heilberg an, wie es mit der Errichtung einer neuen städtischen höheren Mädchenschule stehe. Stadtschulrat Dr. v. Bismarck erwidert, daß diese Frage von der Genehmigung der neuen Anleihe abhängt.

Beim Etat der städtischen Lesehalle fordert der Magistrat 5000 Mk. für die Errichtung einer zweiten Lesehalle. Der Stadtschulrat empfiehlt und die Versammlung beschließt Zustimmung.

Der Etat für die Verwaltung der Gemeinde-Verwaltung u. A. als einmalige Ausgabe 37.000 Mk. zum Bau eines Steuerabfertigungs-Gebäudes an der Striegarer Straße und 39.500 Mk. zum Bau eines Steuerabfertigungs-Gebäudes in Giesingburg einschließlich der Herstellung der Steuerstraße von Kletern. Die erstere Ausgabe ist bereits durch Sonderverträge bewilligt und die zweite Ausgabe empfiehlt der Stadtschulrat mit dem Vorbehalt der Genehmigung der noch ausstehenden Vorlage zu bewilligen. Der Berichterstatter Simon und Oettinger beschließen die vorläufige Festsetzung. Dieselbe wird beschlossen.

Der Etat der Straßenbeleuchtung wird vorläufig festgesetzt mit der Bewilligung des Betrages von 8850 Mk. zur Beschaffung und Aufstellung von 70 Spiritusglühlichtpaternen im Scheiniger Park.

Der Etat des Krankenhauses zu Allerheiligen. Der Referent, Stadtdr. v. Bismarck, empfiehlt die Anträge des Staatsausschusses. Stadtrath Dr. v. Bismarck unterzieht dieselben einer eingehenden Kritik, indem er u. A. ausführt, daß mehrere von Stadtdr. Meißner ausgesprochene Wünsche bereits früher von der Direktion des Hospitals erfüllt worden seien. Besonders aber bekämpfte er den Antrag auf Abhebung von 1300 Mk. zur Anschaffung eines Apparates für kombiniertes Lichtverfahren. Stadtdr. v. Bismarck führt ferner aus, daß es sich bei diesem Verfahren um die therapeutische Verwendung der elektrischen Licht- und Wärmestrahlung handelt und man damit eine wertvolle Ergänzung der türkischen und russischen Bäder habe. Es sei durchwegs notwendig, daß Breslaus größtes Krankenhaus zu einer solchen Stelle Stellung nehme. In gleichem Sinne äußert sich auch Stadtdr. v. Bismarck, indem er ausführt, daß eine Summe von 1300 Mk. durchaus nicht in Betracht käme bei einer Angelegenheit von solcher Wichtigkeit, und da bereits zwei private Anstalten mit Anschaffung solcher Apparate vorgegangen seien, so sei es eines so großen Anstaltens unwürdig, hierin zurückzubleiben, zumal da es sich nicht um ein bloßes Experiment, sondern um ein vielfach von Erfolg gekröntes wissenschaftliches Verfahren handle.

Stadtdr. v. Bismarck lenkt die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Tatsache, daß das in unmittelbarer Nähe des Allerheiligen-Hospitals belegene Staatstheater kürzlich von der hiesigen Polizeibehörde als öffentliches Tanzlokal konzeffioniert worden sei. Er frage beim Magistrat an, ob die sich daraus für die Inassen des Hospitals ergebenden Unannehmlichkeiten nicht Magistrat veranlassen dürften, gegen diese Konzeffionierung vorzugehen. Beiläufig bemerkt, liege auch eine Kirche und eine Volksschule in unmittelbarer Nähe dieses von recht zweifelhaften Elementen besuchten Lokals. Es sei sehr auffällig, daß die Polizei trotzdem zu der Konzeffionierung jener Tanzlokals gekommen wäre, da sie sonst darin sehr streng sei und schon gegen die Ertheilung der einfachen Schankkonzession Widerspruch erhebe, wenn in der Nähe des Lokals eine Kirche, eine Kirche oder ein Krankenhaus liege. Referent führt dafür mehrere Beispiele an.

Stadtrath Dr. v. Bismarck entgegnet, daß ihm von einer Störung des Hospitals durch das Staatstheater nichts bekannt sei; er glaube vielmehr, daß sich der Vorredner in der Beurteilung der Situation irre; denn Jahrzehnte lang habe an jener Stelle die Augenklammer gestanden, und noch nie hätten sich aus der Nähe des genannten Lokales Mißstände ergeben. Stadtdr. v. Bismarck bemerkt, daß das Kinderkrankenhaus doch nur durch ein niedriger gelegenes Biviergebäude vom Tanzlokal getrennt sei. Daß der Garm der Musik deutlich gehört werde, sei ihm von Angestellten des Krankenhauses bestätigt worden. Stadtrath Dr. v. Bismarck glaubt, daß Stadtdr. v. Bismarck wohl nicht richtig informiert sei, da dort ein Kinderkrankenhaus nicht stehe. Er wolle die Sache aber genau prüfen. Stadtdr. v. Bismarck glaubt nicht, daß man im Allerheiligenhospital den Garm der Tanzmusik hören könne. — Nach dem Schlusswort des Referenten, Stadtdr. v. Bismarck, werden die Anträge des Staatsausschusses angenommen, mit Ausnahme des Antrages auf Abhebung der 1300 Mk., welcher einstimmig abgelehnt wird.

Es folgt die vorläufige Festsetzung einer ganzen Reihe anderer, unwesentlicher Spezialtitel ohne Debatte nach den Anträgen des Staatsausschusses.

Außerdem werden noch folgende andere Vorlagen erledigt. Es liegt der Antrag vor, daß der Vorsteher der städtischen Lesehalle, Dr. phil. v. Bismarck, vom 1. April cr. mit einem Anfangsgehalt von 3000 Mk., steigend von 3 zu 8 Jahren 5 Mal um je 300 Mk. bis zum Höchstgehalt von 4500 Mk., ferner der Diener an der städtischen Lesehalle, Josef v. Bismarck, vom 1. April cr. ab mit Personalsbescheinigung, jedoch mit dem Vorbehalt einer vierwöchentlichen Kündigungsfrist, mit einem Anfangsgehalt von 1000 Mk. (unter Anrechnung der freien Wohnung im Werte von 180 Mk.), steigend von 3 zu 8 Jahren 5 Mal um je 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 1500 Mk., angestellt werde. Der Staatsausschuss empfiehlt Zustimmung. Dieselbe erfolgt debattelos.

Im Namen des Staatsausschusses empfiehlt Berichterstatter v. Bismarck die Annahme des Magistrats-Antrages, daß den städtischen Volksschullehrern vom 1. April cr. ab an die Stelle der bisherigen Besoldung folgende Besoldung zu zahlen werden: a) den unverheirateten Lehrern, sofern sie keinen eigenen Haushalt führen, jährlich 400 Mk.; b) den verheirateten Lehrern, sowie den unverheirateten Lehrern und Wittwern mit eigenem Haushalte bis zum vollenden 10. Dienstjahre jährlich 500 Mk., nach vollendetem 10. Dienstjahre jährlich 600 Mk. Die Versammlung tritt einstimmig dem Antrage bei.

Abänderung des Ortsstatuts, betr. Anstellung von Kommunalbeamten. Die Sparkasse soll als Betriebsverwaltung gestrichen werden, und die Beamten der Sparkasse sollen von dem Magistrat gemäß der für die städtischen Beamten geltenden Vorschriften angestellt werden. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Der Magistrat beantragt, daß a) der Zufuhrweg zu dem neuen Müllabfuhrplatz in Gräbchen besetzt werde; b) der genannte Platz mit einem Holzzaun umgeben werde, und c) die dadurch entstehenden Kosten von 22.500 Mk. bzw. 3850 Mk., insgesammt von 26.350 Mk. dem Hauptverordneter der Kammerlei pro 1900 entnommen werden. Der Berichterstatter v. Bismarck hält die Anträge für hoch und beantragt Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuss V. Stadtdr. v. Bismarck tritt für sofortige Genehmigung ein, da man den Platz schleunigst besetzen müsse. In gleichem Sinne spricht sich Stadtrath v. Bismarck aus. Stadtdr. v. Bismarck ist für Ueberweisung an den Ausschuss, während Stadtdr. v. Bismarck für sofortige Genehmigung eintritt, da die auszubauende Straße auch dem neuen Schulbaue am Sauerbrunnen zu Gute kommen würde. Bei der Abstimmung wird die Vorlage dem Ausschuss überwiesen.

Zur Erweiterung der Markthalle für Schweine auf dem Schlachtviehmarkt werden 233.000 Mk. gefordert. Der Referent Stadtdr. v. Bismarck empfiehlt die Bewilligung dieses Betrages, und die Versammlung ist damit einverstanden.

Subvention an den Orchester-Verein. Der Referent Stadtdr. v. Bismarck empfiehlt Ueberweisung der Vorlage an den Staatsausschuss, und die Versammlung beschließt die Ueberweisung. Schluss 1/2, 1/4 Uhr.

Subvention an den Orchester-Verein. Der Referent Stadtdr. v. Bismarck empfiehlt Ueberweisung der Vorlage an den Staatsausschuss, und die Versammlung beschließt die Ueberweisung. Schluss 1/2, 1/4 Uhr.

### Aus der Schule geplaudert?

Daß die vom Stadtdr. v. Bismarck in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung herbeigeführte Erörterung der auf-fälligen Konzeffionierung des Staatstheaters als Tanzlokal gewissen Leuten sehr unangenehm ist, geht aus den Äußerungen der eng verbundenen konservativ-ultramontanen Zeitungsgelehrter „Schles. Zeitung“ und „Schles. Volkszeitung“ hervor. Das erstere Blatt bemerkt in seinem Entreefilet zur Stadtverordnetenversammlung:

„Bei der Erörterung des Etats des Allerheiligenhospitals nahm der Stadtverordnete Brühns Anlaß, sich über das Staatstheater, in dem fortan auch nach 11 Uhr Nachts Tanzmusik gehalten sein soll, aufzuheizen. Unwiderleglich mußte man dabei an die Tatsache denken, daß die Parteigenossen des Herrn Brühns vor einigen Wochen ganz nahe daran gewesen sind, das Staatstheater für die Sozialdemokraten zu mieten, ein Geschäft, welches, zum Bedauern des Herrn Brühns und der Seinigen, schließlich doch nicht zustande kam.“

Und die „Schles. Volksztg.“ sagt:

„Die „hochherzige Sorge“ des sozialdemokratischen Stadtverordneten um das Wohlergehen der Hospitaliten erscheint in einer ganz eigentümlichen Beleuchtung, wenn man aus der „Volkswacht“ erfährt, daß die hiesigen Sozialdemokraten über das Staatstheater den Boykott verhängt haben, nachdem der Besitzer des Gebäudes es abgelehnt hatte, seinen Saal für sozialdemokratische Versammlungen herzugeben. Es ist eben nicht alles Gold, was glänzt.“

Wie sehr das Letztere zutrifft, erfieht man daraus, daß das Organ der Partei für „Gerechtigkeit und Wahrheit“ stark flunkert, die Sozialdemokraten hätten den Boykott über das Lokal verhängt, weil der Besitzer desselben es abgelehnt hätte, seinen Saal für sozialdemokratische Versammlungen herzugeben. Im Uebrigen konstatieren wir mit Befriedigung, daß beide Blätter in dem Bemühen, die Motive der Ausführungen unseres Genossen Brühns zu verdächtigen, unfreiwillig dazu beigetragen haben, Licht über die sehr auffällige Kon-

zeffionierung eines öffentlichen Tanzlokals in mitten der Stadt, in unmittelbarer Nähe eines Krankenhauses, einer Kirche und einer Schule zu verbreiten. Vielleicht sagt die offenbar sehr gut informierte „Schles. Ztg.“ der Welt darüber noch einiges mehr? Gewisse Leute würden davon — sehr erbaut sein!

\* **Fernsprechautomaten.** Die vor einiger Zeit in der Reichshauptstadt aufgestellten Fernsprechautomaten haben sich so gut bewährt, daß man mit der Absicht umgeht, auch in anderen größeren Städten dieselbe Einrichtung zu treffen. In Breslau ist man bereits seit längerer Zeit mit den Vorarbeiten beschäftigt, doch scheinen dieselben durch die Telephonkatastrophe sehr aufgehalten worden zu sein. Auch im ober-schlesischen Industriebezirk sollen demnächst in einer Reihe von Orten Fernsprechautomaten aufgestellt werden.

\* **Chronik der Gruben-Unfälle.** Zum Schluß der Mittwoch-Nachtschicht wurde auf dem Schuchmannsberg der Königin Luisegrube (Dörfel), durch herabstürzende Kohlenmassen der Häuer Paul Szepanik aus Zaborze B ver-schüttet. S. wurde todt zu Tage gefördert. Er war verheiratet und der Ernährer einer zahlreichen Familie.

\* **Ueber „die Schädlichkeit des Gennettes heißer Speisen und Getränke“** wird in der Gewerkschaft der Goldarbeiter Genosse John-Just Alfred Freund im „Bar auf der Orgel“, Kupferstraße, Sonnabend, den 24. März, einen Vortrag halten.

\* **Wochen-Bericht des statistischen Amtes der Stadt Breslau.** In der Berichtswochen vom 11. bis 17. März 1900 sind 52 Eheschließungen gemeldet worden. In der Vorwoche wurden 291 Kinder geboren. Davon waren 242 ehelich, 49 unehelich, 283 lebend geboren (155 männlich, 128 weiblich), 8 todtgeboren (6 männlich, 2 weiblich). Einschließlich der nachträglich gemeldeten sind 228 Sterbefälle (109 männlich, 117 weiblich) in der Berichtswochen vorgekommen. Todesursachen: Scharlach —, Masern und Röteln —, Rose 1, Diphtherie 2, Group —, Wundenvergiftung —, Keuchhusten 1, Unterleibstypus —, Ruhr —, Brechdurchfall —, Magen- und Darmkatarrh 11, andere acute Darmkrankheiten 2, acuter Gelenkrheumatismus —, andere Infektionskrankheiten 5, Krebs 8, Gehirnschlag 6, Krämpfe 10, andere Krankheiten des Gehirns 10, Lungenschwindsucht 40, Lungen- und Luftröhren-Entzündung 34, andere acute Krankheiten der Athmungsorgane 8, andere Krankheiten der Nahrungorgane 7, Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 15, alle übrigen Krankheiten 58, Verunglückung 2, Selbstmord 3, Todschlag —, Unbekannt 3.

Im Kampfe gegen die Sozialdemokratie hat das Polizeipräsidium wieder einmal einen „Sieg“ errungen. Dem Gattin Paul Kostrowsky, Lohestr. 75, dessen Lokal der Arbeiterchaft zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung stand, ist in der gestrigen Sitzung des Bezirksausschusses die Berechtigung zum Ausschank von Getränken entzogen worden. Schon seit längerer Zeit hatte die Polizeibehörde ein besonders nachlässiges Auge darauf gerichtet, daß die dort verkehrenden Gäste von Kostrowsky nicht gar zu sehr zur „Völlerei“ verleitet werden können. Für das Lokal, für welches nur die halbe Konzeffion erteilt war, stellte sich, da die Arbeiterchaft zur Abhaltung von gemeinschaftlichen und politischen Versammlungen so ziemlich allein auf dieses Lokal angewiesen war, bald die volle Konzeffion als dringendes Bedürfnis heraus. Diefem Umstande entsprechend stellte auch Kostrowsky bei der Behörde den Antrag auf Ermächtigung zum uneingeschränkten Ausschank von Getränken jeder Art. Vom Polizeipräsidium dagegen wurde diesem Antrage nicht nur widersprochen, sondern auch später Entziehung der halben Konzeffion verlangt. Vom Staatsausschuss wurde nun in der Sitzung vom 19. Januar d. J. das Bedürfnis der uneingeschränkten Schankwirtschaft anerkannt und dem Antragsteller die nachgelagerte volle Konzeffion erteilt. Hinsichtlich der Einwendungen der Polizeibehörde, daß der Antragsteller schon einige Male wegen unerlaubten Branntweinschanks bestraft worden sei und derselbe nicht die nötige Zuverlässigkeit zum Betriebe des Schankgewerbes besitze, stellte sich der Staatsausschuss, was hier hervorgehoben werden muß, auf den Standpunkt, daß ein Grund zur Annahme, Betrug werde das Gewerbe zur Förderung der Völlerei mißbrauchen, durchaus nicht vorliege. Sobald er die Konzeffion besitze, würden die Strafen selbstverständlich aufhören. Kostrowsky, welcher nun der Meinung war, daß er von diesem Augenblicke an seinen Gästen Getränke jeder Art verabreichen könne, wurde jedoch alsbald wiederum seitens der Polizei-Behörde in Strafe genommen und dieser sein Rechtsdiktum für ihn als ganz besonders erschwerend angeführt. Kostrowsky ist einmal wegen Branntweinschanks und dreimal wegen Uebertretung der Polizeistunde seit 1891 polizeilich und gerichtlich bestraft worden. Außerdem soll er wegen Abhaltens unerlaubten Tanzes Strafbuß in Höhe von je 3 Mark erhalten haben. Der Vertreter der Polizeibehörde führte in der gestrigen Sitzung noch an, daß Kostrowsky in einem Falle in der Nähe Branntwein ausgekocht und das Lokal länger als gestattet offen gehalten habe. Es sei ganz besonders schwerlich gewesen, dem Verklagten noch mehr Uebertretungen nachweisen zu können, da derselbe in „ganz raffinierter Weise das Gesetz umgangen habe“. So hat man der Sozialdemokratie, deren eingelagertes Lokal das Restaurant Kostrowsky war, wiederum einen „Schlag“ verfehlt. Es hieß zwar in der Urtheilsbegründung, daß die Macht der Polizei gegen den Wirth erschöpft gewesen wäre. Ob das richtig, mag dahingestellt sein. Aus dem ganzen Verfahren drängt sich doch mindestens die Veranlassung auf, daß es sich weniger um den Wirth, als um die Gäste — die Arbeiter handelte. Glaubt man dadurch aber der Arbeiterbewegung irgend welchen Abbruch zu thun, so täuscht man sich gewaltig. Allerdings in Deutschland hat man nichts, auch nicht vom Sozialistengesetz, gelernt!

\* **Elektrische Straßenbahn Breslau.** Von heute ab gelangen die Strecken-Abonnementskarten zum Preise von je 10 Mk. mit Gültigkeit an den Werktagen und für ein Vierteljahr für folgende Linien zur Ausgabe: a) Brandenburgerstraße-Mitteplatz, b) Brigittenhal-Sonnenplatz, c) Matthiasstraße-Sonnenplatz, d) Ring-Mauritiusbrücke, e) Königtretham-Ring, f) Mauritiusbrücke-Brandenburgerstraße.

Von der Bahnstrecke Breslau-Zobten-Schweidnitz. Auch eine an die Königl. Eisenbahndirektion Breslau gerichtete Eingabe um Herabsetzung der Gesamtjahrespreise der Personenzüge auf der Strecke Breslau-Zobten-Schweidnitz durch Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit und Verkürzung der Aufenthaltzeit auf den Stationen hat die Eisenbahndirektion zu Breslau den Befehl erteilt, daß sie dem Antrage nicht zu entsprechen vermöge, weil seine Ausführung nach jeder Richtung unmöglich ist.

\* **Stadt-Theater.** Heute Freitag wird der Königl. Kammer-sänger Herr Carl Scheidemann von der Dresdener Hofoper zum zweiten und letzten Male als Gast auftreten. Zur Aufführung gelangt die komische Oper „Falstaff“ von Verdi. Morgen Sonnabend findet eine Aufführung von Wagners Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ statt. Sonntag gelangt Kubers komische Oper „Fra Diavolo“ — in Verbindung mit Pietro Mascagnis Oper „Cavalleria rusticana“ — zur Aufführung.

\* **Lobe-Theater.** Das neueste studierte Schauspiel „Mossers-holm“ von Henrik Ibsen wird heute Freitag wiederholt. Morgen



